

# Laibacher Zeitung.

Nr. 40.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzl. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Anstellung ins Haus halbj. 50 kr. Mit der Post ganzl. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Freitag, 19. Februar

Insertionsgebühren 10 Zeilen: 1mal 60 fr., 2mal 80 fr., 3mal 1 fl.; sonst pr. Zeile 1m. 6 fr., 2m. 8 fr., 3m. 10 fr. u. s. w. Insertionsampel jedw. 30 h.

1869.

## Nichtamtlicher Theil.

### Die türkischen Bahnen und die österreichische Regierung.

Wien, 16. Februar.

Die „Wiener Abendpost“ schreibt: Das baldigste Zustandekommen eines möglichst vollständigen Schienennetzes in der europäischen Türkei, mit einer directen Bahnverbindung zwischen Constantinopel und West-Europa, ist für das ottomanische Reich geradezu eine Lebensfrage geworden. Die Eisenbahn ist das Mittel, den Eintritt der Türkei in das concert europäen zur Wahrheit zu machen, die orientalische Frage in eminent friedlichem Sinne zu lösen.

Hiermit rechtfertigt sich das große Interesse, das Oesterreich, der nächste Nachbar und der Hüter des europäischen Friedens auf der östlichen Hochwacht, an dem Culturwerke nehmen muß.

Abgesehen aber von der politischen Seite des Unternehmens ist Oesterreich-Ungarn an dem Gelingen des türkischen Eisenbahnprojectes in wirtschaftlicher Beziehung auf das lebhafteste theilhaftig. Alle unsere östlichen Bahnen laufen bis nun in Sackgassen aus. Wie ganz anders wird sich aber unser Verkehr gestalten, wenn die österreichisch-ungarischen Bahnen den Transit zwischen West-Europa einerseits und dem Bosphorus, dem Ägäischen Meere und dem Golf von Salonich andererseits vermitteln, wenn durch uns der Austausch der levantinischen Rohproducte mit den abendländischen Manufacturen geschieht, wenn unserer Industrie neue vortheilhafte Absatzmärkte auf der weiten illyrischen Halbinsel bis nach Klein-Asien und Persien und via Solonich auf der kürzesten Wasserlinie über Port-Said und Suez bis nach Indien sich erschließen, wenn unseren Eisenwerken und Maschinenwerkstätten auf Jahre hinaus durch Bestellungen für Rechnung der türkischen Bahnen eine lohnende und regelmäßige Thätigkeit gesichert wird, wenn überhaupt die besten Errungenschaften unserer neuen freien Aera, das erwachende Selbstvertrauen, die erstarrte Capitalkraft, der frische Unternehmungsgeist, die zur Geltung gekommene Intelligenz sich dahin lenken, wohin unser culturhistorischer Beruf weist — nach der Levante.

So vielversprechend aber die Aussichten sind, die sich an das türkische Eisenbahnproject knüpfen, so kann man sich doch nicht den großen Schwierigkeiten verschließen, welche der Ausführung entgegenstehen. Die Türkei hat zu lange mit den Eisenbahnen gezögert, die vereinzelten Anläufe, die sie mit den Bahnen Smyrna-Bidin-Ezeravoda-Kuslendsche, Kustschul-Barua machte, sind aber nicht besonders gelungen, mit weiterem Stückwerke wäre nicht viel geholfen und der Ausführung eines förmlichen, planmäßig angelegten Schienennetzes tritt die Größe der Unternehmung sowohl bezüglich der räumlichen Ausdehnung (es handelt sich mit den Seitenbahnen um 2300 Kilometer, über 300 deutsche Meilen), als insbesondere die Frage der Geldbeschaffung in den Weg. Das Capital engagirt sich für hohe Summen heutzutage nicht auf die vage Hoffnung eines eventuellen großen Dividendengewinnes allein; es verlangt nebst der Dividendenansicht die Sicherheit eines regelmäßigen und sofortigen Zinsengenußes; es werden daher in allen Ländern, in welchen große Unternehmungen nur mit Zuhilfenahme fremden Capitals möglich sind, Eisenbahnen, wie allzusehrend auch der Prospect ihrer künftigen Rentabilität sein könne, nur durch große Opfer ins Leben gerufen werden können, die der Staat bringen muß, es möge die Form der Zinsengarantie oder der Staatsubvention oder eines Eisenbahnanslehens gewählt werden. In dieser Lage befindet sich eben die Türkei, die Beschaffungskosten für ihre Eisenbahn werden sich stets mehr oder weniger nach ihrem Staatscredite richten und die Aussicht auf die künftigen Bahnerträge erst in zweiter Linie und nur bei besonders günstiger Stimmung des Geldmarktes in Erwägung kommen. Hiermit ist aber für die Pforte auch die Grenze des Erreichbaren gegeben, da ihr Pasten zugemuthet werden könnten, die sie nach den allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Zuständen des Reiches bei allem Streben nach ausgedehnten Schienerverbindungen nicht zu übernehmen vermöchte.

Unter diesen Umständen bedarf es wohl keiner näheren Begründung, daß der Reichskanzler in einer die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse der Monarchie so nahe berührenden Angelegenheit der befreundeten

ottomanischen Regierung zur Ueberwindung der obwaltenden Schwierigkeiten seinen Beistand anbot und daß er für die finanzielle und ökonomische Partie der Aufgabe den Beirath und die Mitwirkung des Reichsfinanzministers in Anspruch nahm. Es versteht sich dabei von selbst, daß die Intervention der Regierung sich streng innerhalb der Grenzen eines nicht officiellen freundschaftlichen Beistandes zu halten hatte, da zuletzt nur die Pforte den Bahnbau zu vergeben, ihre eigene Leistungsfähigkeit zu beurtheilen und die ihr zugemutheten Opfer damit abzuwägen hat.

Es wurde hierüber eine Verhandlung in Constantinopel eingeleitet, in Folge welcher der Schwerpunkt der Negotiation zunächst nach Wien verlegt ward.

Dies geschah vor allem, um bei der äußerst günstigen Stimmung des Wiener Platzes der Pforte die möglichste Chance einer Concurrenzbewerbung zu eröffnen und von der hiesigen wohlorganisirten Association der Geldkräfte, welche insbesondere durch ihre intimen Verbindungen mit den ersten Instituten und Banquiers von Paris, London und Deutschland jeder Unternehmung gewachsen sind, Nutzen zu ziehen. Außerdem legte der außerordentliche Erfolg, den in neuester Zeit alle Emissionen von Eisenbahneffecten in Wien hatten, die Erwartung nahe, daß der europäische Geldmarkt im allgemeinen sich dem türkischen Eisenbahnprojecte mit Vorliebe zuwenden werde, wenn die Sache von Wien aus in die Hände genommen wird, wo schon wegen der Nachbarschaft die Türkei besser als irgendwo anders gekannt sein muß und wo also auch die Rentabilität der neuen Bahnen, die sich in letzter Auflösung doch nur als Fortsetzungen der großen österreichisch-ungarischen Schienewege, der Staatsbahn und der Südbahn darstellen, am besten gewürdigt werden kann.

Endlich konnte auch vorausgesetzt werden, daß bei Aufstellung der Baubedingungen für die Pforte Vortheile verschafft werden können, in denen theilweise eine Compensation für die unvermeidlichen Beschaffungskosten läge, sobald für das Bahncorps Männer gefunden werden, welche das Vertrauen der österreichischen Regierung besitzen und denen es nicht allein um einen momentanen Gründergewinn zu thun ist, sondern die auch an dem guten und soliden Ausbau der Bahn und ihrem zweckmäßigen Betriebe ein allgemeines Interesse nehmen und die hohe Bedeutung der türkischen Bahnen in ihrer Rückwirkung auf unsere eigene wirtschaftliche Fortentwicklung nicht außer Acht lassen.

In diesem Sinne sind auch seit der Ende December v. J. erfolgten Ankunft des türkischen Bevollmächtigten Daud Pascha die Verhandlungen geführt worden, wobei von Seite unserer Regierung die angedeuteten Grenzen ihrer Theilnahme genau eingehalten wurden. Daud Pascha hat mit den in der Sache intervenirenden hiesigen Functionären nur einen vertraulichen und freundschaftlichen Verkehr unterhalten, der sich auf allgemeine Besprechungen, Entgegennahme von Auskünften über einzelne Persönlichkeiten u. dgl. beschränkt; mit den Concurrenten um die Eisenbahn aber hat er allein und direct verhandelt, ihre Propositionen direct entgegengenommen und direct seine Erwiderungen ertheilt. Sollte hierüber noch keine Einigung erzielt sein, so mag die Ursache wohl in den oben angedeuteten Schwierigkeiten der Geldbeschaffungsfrage liegen, aber es wäre unbillig, hierfür diejenigen verantwortlich zu machen, die an der Beseitigung dieser Schwierigkeiten am meisten gearbeitet haben.

Uebrigens sind die Verhandlungen nicht abgeschlossen und noch immer bleibt die Hoffnung eines glücklichen Erfolges aufrecht, wenn auch die Angelegenheit noch manche Phasen durchzumachen haben wird. Die Nothwendigkeit der türkischen Bahnen liegt zu klar am Tage und die hohe Pforte ist zu sehr von der Wichtigkeit der Frage durchdrungen, als daß an ein Falllassen derselben gedacht werden könnte. Nicht minder wird aber von Seite der österreichisch-ungarischen Regierung dem Gegenstande die vollste Aufmerksamkeit gesichert bleiben. Es ist uns nicht um einzelne Persönlichkeiten zu thun, es soll auch mit der Bahnfrage kein politischer Hintergedanke verknüpft werden, sondern was wir wünschen und hoffen, ist, daß die Eisenbahn, und zwar als ottomanisch-westeuropäische Weltbahn, baldmöglichst mit den thunlichst geringsten Opfern für die Türkei zum Besten dieses befreundeten Nachbarstaates, zum wohlverstandenen wirtschaftlichen Interesse des österreichisch-ungarischen Reiches und im allgemeinen Interesse der Civilisation und des europäischen Friedens zu Stande komme.

In dieser Auffassung wird die Verhandlung fortgeführt.

Ueber den Gang derselben wurde in den letzten Tagen in verschiedenen Tagesblättern eine Anzahl gehässiger Mittheilungen verbreitet, deren Form und Tendenz auf einen einheitlichen Ursprung hinweisen und die für die der Angelegenheit Näherstehenden eine Berichtigung nicht bedürfen. Auch für die öffentliche Meinung außerhalb dieses Kreises dürfte nur bezüglich eines Punktes, nämlich des Verhältnisses der Herren Van der Elst und Langrand-Dumonceau zu den jetzt im Zuge befindlichen Verhandlungen über das ottomanische Eisenbahnnetz eine detaillirte Aufklärung von Interesse sein.

Es ist bekannt, daß die h. Pforte schon im Frühjahr 1868 dem belgischen Handelsmanne Herren Van der Elst die förmliche Concession für die Eisenbahn Constantinopel-Türkisch-Bord an der Save sammt Seitenlinien ertheilt hat. Der Concessionär cedirte am 17. October 1868 die Concession mittelst Notariatsactes an Herrn Langrand-Dumonceau, Gerant mehrerer belgischen und internationalen Actiengesellschaften, die unter dem Namen International, Industriel, Agricole, Société générale, Société Neerlandaise u. s. w. am Wiener Plage bekannt sind.

Da durch diese Cession die Fonds für die Erbauung der Bahn noch nicht aufgebracht waren, richtete Herr Langrand-Dumonceau am 29. October 1868 ein Schreiben an den Reichsfinanzminister, in welchem er bat, es möge den Wiener Geldinstituten und Bankhäusern die Concession für die ottomanischen Bahnen, deren Eigenthümer er — Langrand — sei, zu den möglichst besten Bedingungen angeboten werden, indem er zugleich erklärte, er werde sich im Nothfalle mit dem Rückersatz seiner gemachten baren Auslagen begnügen und in dem neuen Consortium für die von ihm vertretenen Gesellschaften diejenige Position annehmen, welche die k. und k. Regierung für passend finden wird.

Auf Grundlage dieser Erklärung ist mit der hohen Pforte die oben erwähnte Verhandlung eingeleitet worden, die zur Mission Daud Pascha's geführt hat. Es war eben nichts anderes übrig geblieben, als ein neues Consortium zu bilden, wobei die Frage vorderhand noch offen blieb, ob das neue Consortium die Concession Van der Elst einfach oder mit Modificationen übernehmen, ob Van der Elst oder Langrand in die neue Combination eintreten oder aus derselben ausgeschlossen werden oder ob das Geschäft auf einer ganz neuen Basis zu behandeln sei. Im letzteren Falle bestand wieder die Alternative, entweder die Concession Van der Elst wegen Nichterhaltung der Bedingungen zu annulliren, oder sich mit dem Concessionär über eine Entschädigung für die freiwillige Zurücklegung der Concession im gütlichen Wege zu verständigen. Von einer unbedingten Uebernahme der Concession Van der Elst nach ihren gegenwärtigen Bedingungen wollte am hiesigen Plage Niemand etwas wissen, eben so wenig war aber die hiesige Geschäftswelt zu irgend einer Combination geneigt, welche mit einer Partnerschaft der Herren Van der Elst oder Langrand-Dumonceau verbunden wäre. Sollte daher ein neues Consortium zu Stande kommen, so mußte nothwendiger Weise die Concession Van der Elst vorerst beseitigt werden und man schlug zu diesem Ende den Weg einer gütlichen Verständigung ein, da jedenfalls Billigkeitsrückichten obwalteten und auch Rechtsansprüche dritter Personen nicht unbeachtet bleiben konnten. Hierbei bereitete aber die Complication der zwischen Van der Elst und Langrand bestehenden Verhältnisse Schwierigkeiten. Als Van der Elst aufgefordert wurde, die Entschädigungsziffer für den Fall seines Rücktrittes zu bestimmen, erklärte er unter Vorlegung des diesfälligen Notariatsactes, er habe alle seine Rechte gegen eine gewisse Summe an Herrn Langrand-Dumonceau abgetreten, mit diesem letzteren wollte aber Daud Pascha nicht verhandeln, da die hohe Pforte die Uebertragung der Concession von Van der Elst an Langrand nicht genehmigt habe.

Dieser Schwierigkeit wurde durch Vermittlung des Reichsfinanzministers dadurch begegnet, daß Herr Van der Elst dem Herrn Langrand-Dumonceau eine umfassende Vollmacht ddo. 10. Jänner 1869 ausstellte, kraft welcher derselbe ermächtigt wurde, mit der ottomanischen Regierung, beziehungsweise mit S. E. Daud Pascha über die Zurücklegung oder Modificirung der dem Hause C. & L. Van der Elst Frères & Comp. am 31. März 1868 ertheilten Eisenbahnconcession zu verhandeln und abzuschließen.

Auf dieser Basis wurde dann die Negociation mit Herrn Langrand-Dumonceau eingeleitet und man konnte um so mehr erwarten, ohne besondere Schwierigkeit zum Ziele zu gelangen, als sich derselbe schon am 29. October 1868 bereit erklärt hatte, sich nöthigenfalls mit der Rückerstattung seiner Barauslagen zufriedenzustellen, und überhaupt bei jeder Gelegenheit sich dahin vernehmen ließ, daß er bei Erlangung der Concession stets nur Oesterreich im Auge hatte und glänzende Anträge des Auslandes ausgeschlagen habe.

Zur besseren Bekräftigung seiner Ergebenheit und zum Beweise, daß man von Ban der Elst nicht etwa irgendeine Einstreuung zu besorgen habe, deponirte Herr Langrand-Dumonceau die Originalien der Concessionsurkunde beim Reichsfinanzminister, in dessen Händen sie sich noch befinden. Demnach konnte es sich nur um die Ziffer der zu leistenden Entschädigung handeln. Herr Langrand-Dumonceau nahm ohne nähere Specificirung die Summe von 7 Millionen Francs in Anspruch, Daud Pascha zeigte sich, nach vorläufiger Berathung mit dem Reichsfinanzminister, geneigt für die aus Anlaß der Concession gemachten Barauslagen, ohne Unterschied ob sie von Ban der Elst oder Langrand bestritten wurden, einer Pauschalentschädigung von 2 Millionen Francs das Wort zu führen, und es wurden von Seiten Daud Pascha's zwei Vertrauensmänner bestellt, welche auf diese Basis hin die Detailverhandlung mit Langrand fortzuführen hätten.

Diese Detailverhandlungen nahmen einen schleppenden Verlauf, Herr Langrand war zu einer näheren Begründung seiner Forderungen nicht zu bestimmen und jetzt erst erklärte er, er könne überhaupt nicht abschließen, da die Forderungen aus Anlaß der türkischen Eisenbahnconcession einen Theil des Actiouars der von ihm geleiteten Actiengesellschaften bilden, diese letzteren einer Liquidirung entgegengehen und er den Verfügungen der künftigen Liquidatoren nicht vorgreifen dürfe. Als man ihn aufforderte, wenigstens provisorisch unter Vorbehalt der Genehmigung des künftigen Liquidationsyndicates abzuschließen, da er sonst Gefahr laufe, daß die Concession eben wegen der Liquidirung seiner Gesellschaften als verfallen erklärt werde, brach er plötzlich jede Negociation ab. Dem Vernehmen nach hat er gleichzeitig in Gemeinschaft mit Ban der Elst einen Protest bei der höchsten ottomanischen Vorschafst überreicht, in welchem die beiden Herren, der eine als definitiv, der andere als eventueller Concessionär, gegen jede Verhandlung Daud Pascha's mit Geldinstituten oder Bankhäusern über das ihnen concessionierte Eisenbahnnetz Verwahrung einlegten und eine Entschädigung von 50 Mill. Francs in Anspruch nehmen.

Dies war die unerwartete Wendung, welche die mühsame und verwickelte Verhandlung genommen hat; es muß die entschiedenste Verwahrung dagegen eingelegt werden, daß der letzte ganz außer aller Berechnung stehende Schritt Langrands in irgendeiner Beziehung mit der k. und k. Regierung oder einem Regierungsfunctionär gebracht werde. Es kann nur dem Urtheile des unbefangenen Lesers überlassen bleiben, ob sich unter diesen Umständen der Vorwurf einer zweideutigen oder der Sache selbst abträglichen Behandlung irgendwie rechtfertigen lasse.

## Garibaldi und die Kretenser.

Der Genueser „Movimento“ veröffentlicht ein aus Paris vom 2. d. M. datirtes, an Garibaldi gerichtetes Schreiben eines Präsidenten der sogenannten provisorischen Regierung von Kreta. Der Verfasser des an sicherem Orte geschriebenen Briefes bittet den General Garibaldi um Hilfe mit dem Bemerkten, daß Kreta nur mehr auf ihn und die Vereinigten Staaten hoffend zu blicken vermöge. Garibaldi ließ mit seiner, ebenfalls vom „Movimento“ veröffentlichten Antwort nicht lange auf sich warten. Sie ist, wenn möglich, in noch überschwänglicheren Ausdrücken als seine sonstigen Schriftstücke verfaßt. Europa und seine Monarchen werden mit den bittersten Epitheten verunglimpft und dem Kaiser Napoleon vorzugsweise die Schuld an dem Scheitern des kretischen Aufstandes beigemessen. Von den Italienern, die sich mit den Vergnügungen des Carnevals und den Obliegenheiten der Fastenzeit beschäftigten, hätte Kreta auch nichts zu erwarten, wohl aber würden die Macedonier, Thessalier, Serben, Montenegriner, Rumänen u. d. Bruder des alten Hellas nicht vergeblich und auch Amerika werde die Bruderhand helfend darreichen.

So weit der auf Caprera geschriebene Brief Garibaldi's, der ganz übersehen zu haben scheint, daß Amerika den türkisch-griechischen Conflict eben so unbeirrt wie den ihm näher liegenden paraguayisch-brasilianischen Krieg vor sich gehen ließ, und daß auch die slavischen und gräco-slavischen Völker im Orient für den kretischen Aufstand nirgends sonderliche Sympathien an den Tag legten.

## Oesterreich.

Wien, 17. Februar. (Der Gesetzesentwurf betreffend den Hausierhandel) ist im Handelsministerium bereits fertig und unterscheidet sich von

dem gegenwärtig bestehenden Hausierpatent aus dem Jahre 1852 wesentlich in drei Richtungen. Vorerst ist die Bestimmung, daß zum Betriebe des Hausierhandels das erreichte dreißigste Lebensjahr vorgeschrieben wurde, im neuen Entwurfe fallen gelassen und anstatt dessen die Bedingung des Vollgenusses der bürgerlichen Rechte supponirt worden. Eine zweite Differenz betrifft die Zeit, auf welche die Hausierbefugnisse erteilt werden dürfen. Nach dem alten Hausierpatente war in dieser Beziehung das Maximum eines Jahres — allerdings mit Zulassung der Verlängerung in rüchsigwürdigen Fällen — statuiert, nach dem neuen Entwurfe sind die Hausierlicenzen gleich im Vorhinein auf die Dauer von drei Jahren zu erteilen. Die dritte Abweichung von den bisher geltenden Vorschriften betrifft die Zulassung der Ausländer zum Hausierhandelsbetriebe. Bisher waren Letztere vom Hausierhandel unbedingt ausgeschlossen; nach dem neuen Entwurfe können jedoch auch Ausländer Hausierlicenzen erteilt werden, wenn der Staat, welchem sie angehören, den österreichischen Staatsangehörigen gegenüber die Reciprocität ausübt. — Nunmehr wird der Entwurf des neuen Gesetzes für den Hausierhandel das Stadium der Berathung bei den Handelskammern durchmachen, um sodann nach Maßgabe der von den Landesstellen gutachtlich einzubegleitenden Aeußerungen der Handelskammern im Handelsministerium einer Schlussrevision behufs Vorlage an den Reichsrath unterzogen zu werden.

(Die Insultirung der ungarischen Fahne in Bukarest erjunden.) Die „Wiener Abendpost“ schreibt: Die öffentlichen Blätter brachten vor einigen Tagen die Nachricht von einer angeblichen Insultirung der ungarischen Fahne in Bukarest und nahmen hieraus Anlaß zu Bemerkungen, die wohl unter allen Umständen hätten als zu weitgehend bezeichnet werden müssen. Zuverlässigen Mittheilungen zufolge ist jene Nachricht noch überdies vollständig erfunden. Es liegt uns hierüber das nachstehende, aus authentischer Quelle stammende Telegramm dto. Bukarest, 16. d. M., vor: „Pester Blättern zufolge hätte eine Insultirung und Verbrennung des ungarischen Banners in Bukarest stattgefunden. Die betreffenden Blätter verlangen, daß der Consul für den Vorgang Genugthuung verlange. Hier ist von einem derartigen Vorfall, der als erfunden bezeichnet werden muß, nichts bekannt.“

Prag, 17. Februar (Preussische Broschüre.) Der Oberstaatsanwalt erließ ein Circular, in welchem er die Unterbehörden auf eine in Böhmen zu verbreitende, in Berlin gedruckte Broschüre, betitelt: „Keinen Groschen Steuern mehr, nicht Worte, sondern Thaten“ aufmerksam macht. Einzelne Exemplare wurden bereits confiscirt. Die Broschüre fordert zur Steuerverweigerung auf. Die Broschüre wurde von Schreiberhan nach Hochstadt eingeschmuggelt.

## Ausland.

München, 17. Februar. (Hinterladeranschaffung.) Der Kriegsminister ersuchte heute die Abgeordnetenkammer um Bewilligung einer Summe von 4.700.000 fl. zur Anschaffung von Hinterladern und empfahl dringendst die baldige Annahme der Vorlage.

Rom. (Erdbeben. — Angeblicher Attentatsversuch auf den Papst. — Unterstützung der ehemaligen kön. neapolitanischen Militärs durch den König. — Bomben-Explosion in Neapel. — Die römische Frage. — Blutige Soldatenfarmägel in Rom.) In der Nacht vom 11. auf 12. und auf den 13. d. M. wurden in Siena weitere, aber ziemlich leichte und kaum merkliche Erdstöße verspürt. — Der „Indipendente“ bringt die mit aller Reserve aufzunehmende Nachricht, in Rom sei ein gewisser F. verhaftet worden, der den heil. Vater zu ermorden beabsichtigte. — Der König hat den General Pettinengo beauftragt, den vielen Witwen solcher Soldaten der aufgelösten früheren kön. neapolitanischen Armee, welche bei der Vertheidigung Capua's und Gaeta's gefallen sind, Unterstützungen zukommen zu lassen. Dieselbe Anordnung wurde auch in Bezug auf mehrere in diesen Kämpfen verwundete oder verstümmelte Officiere getroffen. Auf diese Weise wurden theilhaft zwei pensionirte Officiere, ein verstümmelter Officier, 23 Witwen von auf dem Schlachtfelde gebliebenen Soldaten, drei verstümmelte Soldaten und 97 Unterofficiere mit zahlreicher Familie, über 66 Witwen ohne Pension. — Am 12. gegen halb 8 Uhr Abends explodirte eine neue Bombe in Neapel, jedoch ohne Schaden anzurichten. Sogleich darauf war eine große Menge Volkes zusammengelaufen, man untersuchte die Bruchstücke und fand, daß die Bombe aus einer ganz mit Pulver gefüllten Glasflasche bestand, daher das geringe Geräusch der Explosion. Zwei Personen, welche beständig in der Nähe verweilten und an der Neugierde des Publicums keinen Antheil nahmen, erregten Verdacht und wurden verhaftet. Als man sie auf die Polizei-Inspection führte, warf sich das entrüstete Volk auf sie, und hätten die Wachen und die Carabiniere es nicht zurückgehalten, so wäre es um die Verhafteten geschehen gewesen. So kamen sie mit einigen Prügelein davon. Bei dem durch den Quästor sogleich vorgenommenen Verhör beobachteten beide Verhafteten eine sehr verdächtige Haltung. Der eine gab

ein falsches Quartier an. Der eine ist Arbeiter im Marine-Arsenal, der andere Tagelöhner. Dieser letztere, der im Augenblicke der Verhaftung eine Pfeife im Munde hatte, warf eine Anzahl Schwefelsäden weg, welche später von den Polizei-Agenten gesammelt wurden. Vielleicht führen dieselben auf eine weitere Spur. — Der Florentiner Correspondent der „Gazz. Piem.“ glaubt, daß der Ministerpräsident bei der Wiedereröffnung der Kammer die auf die römische Frage bezüglichen diplomatischen Actenstücke vorlegen werde. Dem Mailänder „Secolo“ wird versichert, daß eine Interpellation in Bezug auf die römische Frage, und zwar speciell in Bezug auf die zwischen Conte Menabrea und dem Marquis Rouher gewechselten Documente, welche die Textänderungen des „Journal officiel“ betreffen, eingebracht werden soll. In Rom sind Dienstag verschiedene blutige Scharmügel zwischen den Päpstlichen verschiedener Waffengattungen, besonders zwischen den Dragonern, den eingebornen Jägern und Legionären von Antibes vorgekommen. Sechse leicht Verwundete wurden ins Spital und später zum Profosen gebracht, um sie vor Gericht zu stellen. Ein Circulare des Generals Kanzler lenkt die ernste Aufmerksamkeit der Corpsbefehlshaber auf diese Vorfälle und empfiehlt die lebhafteste Achtsamkeit auf den Verkehr des Militärs mit den Bürgern, indem er die Besorgniß ausdrückt, es könne das bürgerliche Element im Militärs Eingang finden.

Madrid, 17. Februar. (Cortes.) Heute Abend ist Versammlung der Mitglieder der Cortesmajorität; der Berathungsgegenstand ist die Wiederwahl des Ministeriums und der Antrag, nach erfolgter Constituirung der Cortes einen Souverain auszurufen und sodann die Volksabstimmung vorzunehmen.

London, 16. Februar. (Fortsetzung der englischen Thronrede.) Die Vorschläge der Ausgaben für das kommende Finanzjahr werden Ihnen unterbreitet werden. Sie sind mit sorgfältiger Rücksicht auf die Wirksamkeit der Verwaltungszweige aufgestellt und werden eine Verminderung der Lasten des Landes aufweisen.

Die stets wachsenden Bedürfnisse und die verschieden gestalteten Landesinteressen werden mehrfache Fragen von staatsrechtlicher Bedeutung zu Ihrer Prüfung gelangen lassen.

Die Lage Irlands gestattet mir den Glauben, daß Ihnen die peinliche Nothwendigkeit erspart bleibt — wozu das letzte Parlament sich bewegt gefühlt hat — die Sicherheit der persönlichen Freiheit durch Suspension der Habeas-Corpus-Akte einzuschränken.

Ich empfehle Ihnen, den gegenwärtigen Modus bei Vollzug der Parlaments- und Gemeindevahlen zu prüfen und zu erwägen, ob nicht weitere Bürgschaften für den ruhigen Verlauf, die Aufrichtigkeit und die Freiheit geschaffen werden können. Es wird Ihnen eine Maßregel unterbreitet werden, deren Zweck es ist, bezüglich der Steuerzahlung den auf einzelnen Classen der Gewerbetreibenden lastenden Druck zu mildern, soweit eine Abhilfe thunlich erscheint.

Sie werden ferner einige Gesetzesentwürfe berathen, betreffend die Erweiterung und Verbesserung des schottischen Schulwesens, ferner werden Gesetzesentwürfe eingebracht werden bezweckend die erheblichen Einkünfte mehrerer englischen Ähnen in wirksamer Weise für Erziehungszwecke anzuwenden.

Eine fernere Vorlage soll durch die Einsetzung von Finanzcommissionen für Grafschaften das Princip der Repräsentation auch für die Controle der Grafschaftsteuern einführen. Auch die Bankerotgesetzgebung werden Sie prüfen, behufs wirksamer Vertheilung der Concursmasse und Abschaffung der Schuldbast.

Die Gestaltung der kirchlichen Angelegenheiten Irlands wird Ihrer Erwägung baldigst unterbreitet. Die hierauf bezügliche Gesetzgebung dürfte den erheblichsten Anspruch an die Weisheit des Parlaments machen. Ich bin überzeugt, daß Sie hiebei jedes berechnete Interesse sogleich beachten und sich von dem Streben, das Begehren der Religion zu fördern, leiten lassen und den Principien der Billigkeit und Gerechtigkeit gemäß handeln werden. Sie werden die Wirkung des einmüthigen Gefühles und der öffentlichen Meinung Irlands an der Hand der Loyalität und des Gesetzes sicherstellen, damit Sie die Erinnerung an frühere Kämpfe in Irland verwischen und die Sympathien eines uns geneigten Volkes erhalten und pflegen. Bei jeder Angelegenheit des öffentlichen Wohles, namentlich bei einer so wichtigen, ist mein Gebet, daß der Allmächtige stets Ihre Berathungen leiten und zu glücklichem Erfolge führen möge.

— 17. Februar. (Aus dem Parlament.) Beide Häuser des Parlamentes haben die Adressen genehmigt. Im Unterhause sprach Disraeli über das Ergebnis der Conferenz und stellte dasselbe als günstig dar. Gladstone bemerkte, Preußen habe vornehmlich die Conferenz angeregt, doch gebühre sämtlichen Theilnehmern ein gleicher Dank. Die betreffenden Acten können noch nicht vorgelegt werden, weil sie noch nicht abgeschlossen sind. Die Verhandlungen mit Amerika würden voraussichtlich ein günstiges Resultat haben.



niums hat nach den statistischen Ziffern die Bildung im ganzen nicht zugenommen, da sämtliche Ziffersätze über Verbrechen und Vergehen in einem höchst bedauerlichen Maße zugenommen, ja sich mitunter nahezu verdoppelt haben, was wohl theilweise der mangelhaften Einrichtung unseres Schulwesens zugeschrieben werden darf, wemgleich nebenbei nicht zu übersehen ist, daß ein großer Theil der ungenügenden Ziffersätze auf Rechnung der im Jahre 1867 stattgefundenen Ausdehnung der Civilstrafgerichtsbarkeit auch auf, dem Militärverbande angehörige Individuen zu setzen kommt.

(Naturschau.) Vorgestern brachte ein Landmann eine lebendige Sandvipere (Vipera Ammodontes) nach Laibach, die er in der Gegend von Tostko čelo Tags zuvor im Freien gefangen hatte. Sicherlich ein ungewöhnlich frühes Erwachen aus dem Winterschlaf. Schon werden Märzveilschen von Kindern zum Verkaufe ausgesetzt. Die Zitterpappel zeigt beinahe ganz ausgebildete Klätzchen, auch bei den verschiedenen Weidenarten brechen sie aus den Deckschuppen der Blütenknospen hervor. An sterilen Plätzen blühet das Hungerblümchen (Draba verna).

(Militärveränderungen.) Der Unterlieutenant Josef Blabolil des Inf.-Reg. Nr. 17 wurde als zeitlich invalide in den Ruhestand versetzt.

(Benefiz-Anzeige.) Morgen wird zum Benefiz unseres geschätzten Tenoristen Herrn Ander Mozart's „Zauberflöte“ mit neuer Inszenirung und theilweise neuen Decorationen nach einem Zwischenraume von 14 Jahren seit der letzten Aufführung, gegeben. Da Herr Ander, dessen Verdienste als Opernregisseur das Publicum zu würdigen weiß, alles darauf verwendet hat, das Meisterwerk würdig vorzuführen, so läßt sich ein volles Haus erwarten, was wir im Interesse des als Sänger wie als Opernregisseur gleich tüchtigen Beneficianten vom Herzen wünschen. Nebenbei dürfte es interessieren, zu vernehmen, daß eine talentvolle Dilettantin, Fr. L., in dieser Oper ihren ersten theatralischen Versuch macht.

(Polizeibericht.) Am 10. d. wurden die in Gitznerdorf wohnhaften B. S., J. F. und F. E. durch den Forstausseher des Gutes Kroisenegg betreten, als sie im Walde gefällte und entwendete junge Eichenbäume über den Gölouc trugen. Sie wurden verhaftet und dem Landesgerichte eingeliefert.

In der Nacht vom 10. auf den 11. d. M. wurden aus einem Magazine in der Polana Haus-Nr. 66 nach Ausbrechung der Fenstergitter, 16 Merling Leinsamen entwendet und auf einem Handwagen, der aus dem Hofraume gestohlen wurde, durch die Karsthütter Linie hinausgeführt. Der Wagen sammt dem Leinsamen wurden am 11. d. vor einem Wirthshause in Rudnik, wo ihn zwei fremde Bauern stehen gelassen hatten, vorgefunden und den Eigenthümern rückgestellt. Der Grundbesitzer Johann Zerkalla von Grade, Bez. Krainburg, verlor am 13. d. Mittags am Wege von der Elefantengasse bis in die Polana eine Brieftasche mit einer Barschaft von 118-120 fl. in Banknoten. Der redliche Finder wird ersucht, das Geld beim hiesigen Stadtmagistrate gegen den gesetzlichen Finderlohn abzugeben. Dem am 12. d. aus dem Zwangsarbeitshause entlassenen J. W. aus Ambras bei Innsbruck wurde in der Bahnhofrestauration eine Barschaft von 48-50 fl. entwendet. Der Verdacht des Diebstahles fiel auf die liederliche Dirne T. D., die sich damals in seiner Gesellschaft befand und Tags darauf mit ihrem Geliebten, dem Malergehilfen M. P. in Wirthshäusern herumzöchte und in der Stadt herumfuhr. Beide wurden verhaftet, und da T. D. gestand, dem W. einen Geldbetrag entwendet und ihrem Geliebten gegeben zu haben, dem Landesgerichte eingeliefert. Am 16. d. wurde ein großes zwilchenes Leintuch, gezeichnet mit P. K., das zum Ueberzuge einer Equipage diente, durch unbekanntem Thäter entwendet.

Sparcassaveroin.

Bei der gestern stattgefundenen Generalversammlung der Vereinsmitglieder wurde der Bericht über das Ergebniß des Jahres 1868 vorgetragen; der Jahresabschluß weist ein höchst günstiges Resultat auf und es befindet sich gegenwärtig in der Verwaltung ein Vermögen von 5,553.161 fl. 58 kr.

Die Zahl der Einleger vermehrte sich um 1.250 und es besaßen gegenwärtig 15558 Interessenten.

Börsenbericht.

Wien, 17. Februar. Andauernde Kau-, auf bei ziemlich gestiegenen Coursen, welche sich erst schließlich abschwächten. Devisen und Valuten vertheuerten sich merklich. Allg. Geschäft umfangreich.

Der Geldverkehr betrug im verfloffenen Jahre 6,804.752 fl. 55 kr., daher gegen das Vorjahr mehr um 1,693.200 fl. 13 kr.

Der Reservefond beziffert sich einschließlich des Pensionsfondes von 80.000 fl. auf 475.119 fl. 58 kr.

Auf Grundbesitz wurde im Jahre 1868 bewilliget eine Summe von 683.940 fl. und es sind von dem in der Verwaltung befindlichen Vermögen per 5,553.161 fl. 58 kr. nunmehr hypothekarijch sichergestellt 3,645.405 fl. 30 kr. und es findet der weitere Betrag theils in dem eigenthümlichen Hause, in der vorhandenen Cassebarschaft, zum großen Theil in den zur Verlosung angemeldeten krainischen Grundentlastungs-Obligationen, endlich in den Partial-Hypothek-Anweisungen seine Bedeckung.

Auch bei dem Verkaufsame hat im verfloffenen Jahre ein lebhafter Verkehr stattgefunden, es sind nahezu 70.000 Partien abgefertiget worden und es betrug der Geldumsatz 303.974 fl. 16 kr.

Zu wohltätigen und gemeinnützigen Zwecken wurde in der gestrigen Sitzung eine Summe von 5.500 fl. bestimmt und nachfolgend vertheilt:

- 1. für das hiesige Armen-Institut . . . 1500 fl.
2. für das Armen-Versorgungshaus zur Nachschaffung des Inventars . . . 300 „
3. für Unterstützung bedürftiger, aus dem Civilspital entlassener Convalescenten . . . 300 „
4. für die Erhaltung der hiesigen Kleinkinderbewahr-Anstalt . . . 100 „
5. für Unterstützung bedürftiger Schüler des Obergymnasiums zu Laibach . . . 300 „
6. für Unterstützung bedürftiger Schüler des Obergymnasiums zu Rudolfsberth . . . 200 „
7. für Unterstützung bedürftiger Schüler des Gymnasiums in Krainburg . . . 100 „
8. für Unterstützung bedürftiger Schüler der k. k. Oberrealschule in Laibach . . . 300 „
9. zur Unterstützung bedürftiger Schüler an der Normalhauptschule in Laibach . . . 200 „
10. zur Unterstützung bedürftiger Schüler an der städtischen Knabenschule zu St. Jakob . . . 150 „
11. zur Unterstützung bedürftiger Schüler an der Pfarrschule in St. Peter . . . 25 „
12. zur Unterstützung bedürftiger Schüler an der Pfarrschule in Tirmau . . . 25 „
13. zur Unterstützung vorzüglicher und bedürftiger Präparanden bei ihrem Austritte aus der hiesigen Lehrerbildungsanstalt . . . 200 „
14. für Schulzwecke der hiesigen evangelischen Gemeinde . . . 100 „
15. zur Vetheilung von Schulerfordernissen für bedürftige Mädchen an den Lehranstalten im hiesigen Ursulinen-Convente . . . 300 „
16. zur Vetheilung von Schulerfordernissen für bedürftige Mädchen an den Lehranstalten in Bischofslat . . . 100 „
17. zur Vetheilung von Schulrequisiten zum sonntägigen Unterrichte an der Realschule . . . 100 „
18. zur Vetheilung von Schulrequisiten zum sonntägigen Unterrichte an der Zeichen-Abtheilung . . . 100 „
19. zur Vetheilung von Schulrequisiten unter die die Sonntagschule besuchenden Lehrlingen . . . 100 „
20. zur Vetheilung von Schulrequisiten unter die die Sonntagschule besuchenden Lehrlingen an der Hauptschule bei St. Jakob . . . 100 „
21. für den Fall der Activirung und Eröffnung der Modellschule an der hiesigen Oberrealschule zur Vetheilung der Einrichtung und Lehrmittel . . . 250 „
22. für den an der Grazer Universität gegründeten Mittagsreitisch mit Hinweisung für ärmere Studierende aus Krain . . . 150 „
23. für Wiederaufrichtung der im Jahre 1844 wegen Vausälligkeit abgetragenen Mariensäule am St. Jakobsplatze hier . . . 500 „
Summe . . . 5500 fl.

- a. Herr Hausen Josef, Handelsmann und Hausbesitzer;
b. Kaltenegger Friedrich Ritter v., Dr. der Rechte, k. k. Oberfinanzrath und Finanzprocurator;
c. Kordin Josef, Handelsmann und Hausbesitzer;
d. Pongraz Oskar, Dr. der Rechte, Hof- und Gerichtsadvocat und Hausbesitzer;
e. Redange Josef v., k. k. Landtafel-Director;
f. Schrey Robert Edler v. Redlwerth, Dr. der Rechte, Hof- und Gerichtsadvocat.

Neueste Post.

Graz, 17. Februar. (N. Fr. Pr.) Der Bischof von Lavant hat an den Clerus seiner Diöcese einen Erlaß gerichtet, in welchem dem Clerus die Theilnahme am politischen Leben, an Vereinen, Vertretungen u. s. w. widerrathen wird. Der Erlaß macht hier einen günstigen Eindruck.

Agram, 17. Februar. Der Cardinal Haulik gefährlich erkrankt.

München 17. Februar. (Abgeordneten-Kammern) Der Kriegsminister brachte eine Vorlage ein, worin Bewilligung eines Credits von 4,700.000 Gulden zur Anschaffung von Hinterladern und empfahl sehr dringend die baldige Annahme derselben.

Paris, 17. Februar. Graf Walewski ist gestern hier eingetroffen, die Conferenz wird morgen zummentreten.

Der „Public“ bekämpft die beunruhigenden Gerüchte, welche über die Consequenzen des belgischen Beschlusses verbreitet sind, und dementirt, daß Lagereonniere nach Paris berufen wurde.

Daselbe Blatt vernimmt, daß das belgische Cabinet am Montage den Wortlaut einer aufklärenden Note festgestellt habe. Die Note soll geeignet sein Frankreich zu befriedigen und die Empfindlichkeiten des belgischen Senats werde das Votum der Deputirtenkammer annulliren.

Telegraphische Wechselcours

vom 18 Februar.
Spec. Metalliques 62. — Spec. Metalliques mit Mai- und November-Zinsen 62. — Spec. National-Anlehen 68. — Staatsanlehen 96.50 — Bankactien 705. — Creditactien 284.80. — London 123.50. — Silber 121.25. — k. k. Ducaten 5 83

Das Post-Dampfschiff „Westphalia“, Capitän Trautmann, welches am 27. Jänner von Hamburg abgegangen ist am 10. d. wohlbehalten in New-York angekommen.

Angekommene Fremde.

Am 15. Februar.

Stadt Wien. Die Herren: Zotter, Handelsm., von Reichenberg, Jergung, Kaufm., von Wien. — Schwarz, Director, von Kanfer. — Wiener, Kaufm., von Triest.
Elefant. Die Herren: Reinesch, Geschäftsreisender, und Polzer, Kaufm., von Wien. — Beder, Kaufm., von Berlin. — Säger, von Pest. — Kisser, Realitätenbes., von Neumarkt. — Pogatscher, Holzhändler, von Kropp. — Weittmann, Weinhandl., von Traugberg. — Rowal, Esconotär, von Graz. — Richter, Beamter, von Krainburg.
Bairischer Hof. Die Herren: Auer, von Triest. — Gerner, Geschäftsm., von Sefana.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Table with columns: Zeit der Beobachtung, Barometerstand in vacuo, mittlere Temperatur nach Reaumur, Wind, Ansehen des Himmels, Niederschlag. Includes data for Feb 18, 19, 20.

Verantwortlicher Redacteur: Ignaz v. Kleinmayr.

Large table with columns: Allgemeine Staatsschuld, Grundentlastungs-Obligationen, Actien, Wechsel, Cours der Geldforten. Contains detailed financial data and exchange rates.